

**Antrag 232/I/2025****KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch 230/I/2025 (Konsens)****Großveranstalter an Polizeikosten beteiligen.**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und Ab-
- 2 geordnetenhaus werden aufgefordert, eine gesetzliche
- 3 Grundlage dafür zu schaffen, dass nach Bremer Vor-
- 4 bild, Gebühren für den polizeilichen Mehraufwand bei
- 5 Großveranstaltungen (z.B. Hochrisikospielen im Fußball)
- 6 von profitorientierten Veranstalter:innen erhoben wer-
- 7 den können. Nach der Entscheidung des Bundesverfas-
- 8 sungsgerichts zum Bremischen Gebühren- und Beitrags-
- 9 gesetz steht der Erhebung einer solchen Gebühr kein ver-
- 10 fassungsrechtlicher Einwand mehr entgegen. Das Gesetz
- 11 zielt darauf ab, die durch die Durchführung von kom-
- 12 merziellen Großveranstaltungen entstandenen Mehrkos-
- 13 ten der Polizei auf die Veranstalterinnen und Veranstal-
- 14 ter abzuwälzen, wobei die Kosten an die Stelle verla-
- 15 gert werden sollen, an der die Gewinne anfallen. Auf die-
- 16 se Weise sollen die Mehrkosten der Polizeieinsätze nicht
- 17 durch die Gesamtheit der Steuerzahler:innen, sondern je-
- 18 denfalls auch durch die (un)mittelbaren wirtschaftlichen
- 19 Nutznießer:innen der Polizeieinsätze geschultert werden.
- 20
- 21 Gerade in Zeiten knapper Landeskassen stellt eine solche
- 22 Gebühr einen angemessenen Ausgleich zwischen der fi-
- 23 nanziellen Inanspruchnahme der Allgemeinheit und den
- 24 profitierenden Veranstalter:innen dar. Bei der Ausgestal-
- 25 tung des Gebührentatbestandes sind die Folgenden Eck-
- 26 punkte zu beachten:
- 27
- 28 Eine Einsatzgebühr wird von der Polizei bei Veranstal-
- 29 ter:innen für den polizeilichen Mehraufwand bei gewinn-
- 30 orientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Groß-
- 31 veranstaltungen erhoben, welche nach dem Mehrauf-
- 32 wand zu berechnen ist, der aufgrund der Bereitstellung
- 33 zusätzlicher Polizeikräfte entsteht. Dabei muss sicherge-
- 34 stellt sein, dass für politische, religiöse, künstlerische oder
- 35 wissenschaftliche Veranstaltungen, die in besonderem
- 36 Maße grundrechtlich geschützt sind, keine Kosten erho-
- 37 ben werden.
- 38
- 39 Die Grenze, ab welcher eine Veranstaltung als Großver-
- 40 anstaltung dient, ist an Berliner Verhältnisse und den
- 41 konkreten Veranstaltungsbereich anzupassen und kann
- 42 die Zahl von 5.000 Teilnehmer:innen nach Bremer Vorbild
- 43 übersteigen.
- 44
- 45 Die Gebühr ist in einer Weise zu berechnen, dass Veran-
- 46 stalter:innen nicht übermäßig belastet werden. Sie sollen
- 47 die Möglichkeit erhalten, die Gebühren durch eigene Si-
- 48 cherheitskonzepte zu reduzieren. Damit soll dazu ange-

49 halten werden, sich eigenverantwortlich an der Veranstal-  
50 tungssicherheit zu beteiligen.

51

52 Schließlich soll sichergestellt werden, dass die Gebühren  
53 nicht einseitig auf die Ticketpreise weitergegeben wer-  
54 den, sodass die Teilnahme an Veranstaltungen bezahlbar  
55 bleibt. Eine Umlegung der Gebühren soll zu Lasten der  
56 gewaltgeneigten Besucher:innen erfolgen, bspw. durch  
57 Festlegung einer Vertragsstrafe.

58

59 Auf dieser Grundlage wird die Innenminister:innenkonfe-  
60 renz aufgefordert, ein bundesweit einheitliches Muster-  
61 gesetz zu erarbeiten. Dadurch soll sichergestellt werden,  
62 dass eine einheitliche Regelung in allen Bundesländern  
63 greift und letztere durch die Erhebung einer solchen Ge-  
64 bühr keinen Wettbewerbsnachteil erleiden. Berlin orien-  
65 tiert sich bei der Umsetzung an diesem Mustergesetz.